III. JAHRGANG

JÜDISCHE PRESSZENTRALE ZÜRICH

ZENTRALINFORMATIONSSTELLE FÜR DAS GESAMTE JÜDISCHE PRESSEWESEN

RÉDAKTION UND VERLAG:
OSCAR GRÜN

JEWISH PRESS
NEWS ASSOCIATION

Erscheint wöchentlich
Jahresabonnement Fr. 12.—, halbj. Fr. 6.—, viertelj. Fr. 3.50



ZÜRICH, SCHWEIZERGASSE 8
POSTFACH BAHNHOF - TEL.: SELN. 2875

BUREAU CENTRAL
DE LA PRESSE JUIVE

Postcheck-Konto VIII 5166
Telegramm-Adresse: „PRESSCENTRA ZÜRICH"

Abonnements nehmen sämtliche Postanstalten des In- und Auslandes entgegen.

Nummer 122 | 17. Dezember 1920 | ו' טבת תרפ"א | Einzelnummer 30 Cts.

Die Frage der Grenzen Palästinas.

Genf, 16. Dez. (Telephonisch.) Sokolow hatte soeben die Freundlichkeit, dem Herausgeber der „J.P.Z." mitzuteilen, dass die Grenze Palästinas im Norden bis oberhalb Metullah, Baneas mit eingeschlossen, reichen wird. Jenseits des Jordans wird der Jarmuk die Grenze bilden, wobei das südliche Ufer englisch, das nördliche französisch sein wird. Bezüglich der Ausnutzung der Wasserkräfte wird eine von Experten der französischen Regierung und der Zionistischen Organisation bestehende Kommission an Ort und Stelle die Richtlinien für eine Vereinbarung festsetzen. Bei Nichtübereinstimmung erfolgt Berufung an die englische und französische Regierung. Die französische Regierung versprach, in wohlwollendster Weise den berechtigten Wünschen der technischen Berater entgegenzukommen.

Das Palästina-Mandat.

Genf, 16. Dez. (telephonisch). Der Mandatsentwurf bezüglich Palästinas wird morgen oder Samstag zur Erledigung gelangen.

Eingabe an die Völkerbundsversammlung in Genf betreffs der Pogrome in Osteuropa.

Namens des Komitees der Jüd. Delegationen, des englischen Joint Foreign Committee und der ITO wurde folgende gemeinsame Eingabe dem Präsidenten der Völkerbundsversammlung in Genf überreicht: (Eine diesbezügliche Eingabe wurde auch von der Alliance Israélite Universelle besonders überreicht.)

Die Unterzeichneten, in ihrer Eigenschaft als Vertreter jüdischer Organisationen, deren Namen sich untenstehend befinden, haben die Ehre, die Aufmerksamkeit Eurer Exzellenz und die Aufmerksamkeit der Hohen Versammlung, die Eure Exzellenz präsidieren, auf die gegenwärtige schreckliche Situation der grossen Judenmassen der Länder Osteuropas zu lenken.

Ein Schrei der Panik und der Verzweiflung dringt zu uns aus weiten Gebieten jener immensen Regionen. Nach den schrecklichen Prüfungen, die die jüdische Bevölkerung durchgemacht hat, gemeinsam mit ihren nichtjüdischen Landsleuten während des Weltkrieges, an welchem sie ihren Anteil an Opfern, Kummer und Hoffnungen auf eine glücklichere Zukunft getragen hat, brach ein neuer und noch fürchterlicher Sturm über sie herein in Gestalt eines neuen Krieges, eines Vernichtungskrieges, der ausschliesslich gegen sie gerichtet ist, der Krieg der Pogrome. Während der vergangenen zwei Jahre sind die am dichtesten bevölkerten Zentren jüdischen Lebens durch eine endlose Folge von Pogromen heimgesucht worden. Die Hekatomben von Proskurow, die Massakers von Uman, die Gemetzel von Fastow, die Leichen-Scheiterhaufen und Verwüstungen in hundert anderen Städten, den Sitzen alter jüdischer Gemeinden, die verübten Gewaltätigkeiten und Grausamkeiten, das erlittene Unglück und die Todeskämpfe stellen eine Katastrophe dar, die in der bewegten Geschichte der Ostjuden während der letzten Jahrhunderte nicht ihresgleichen hat. Verwilderte Horden, mit keinem anderen Gedanken als zu töten, zu entehren, zu verbrennen und zu zerstören, haben jüdische Gemeinden in Massen überfallen, die Heime verwüstet, ihre friedvollen und unschuldigen Insassen mit einer Bestialität und Wut misshandelt und gemordet, die jeder Beschreibung spotten. Ueberall wurden Männer und Frauen, — alt und jung — Gebrechliche und Hilflose verstümmelt, gefoltert, entehrt, verbrannt, lebendig verbrannt; ganze Gemeindestriche sind verschwunden oder dezimiert, ihre Heime, ihre Friedhöfe, ihre Heiligtümer zerstört oder entweiht, jedes Haus ist eine Ruine oder Klagestätte; Tausende von abgemagerten Flüchtlingen irren in den Wäldern herum, sind in Kellern versteckt und — das bedauernswerteste von allem — das junge Leben vieler Tausender von verwaisten, hungrigen, nackten und heimlosen Kindern, ist durch Terror und Vagabundage vergiftet.

Dies ist das Bild, das ein grosser Teil der osteuropäischen Judenheit darstellt. Nie seit dem Mittelalter, ist das Pogrom-Gespenst in einer solchen schrecklichen Art erschienen. Wieviel Ströme von Blut hat es fliessen lassen! Wie viele Opfer hat es des Lebens beraubt! Welchen immensen Abgrund von Elend hat es geschaffen! Wie sehr sind Menschengesetze und göttliche Wahrheit beschimpft und in das Nichts versetzt worden! Und was vielleicht noch schrecklicher ist, das ist die Fortdauer der Angst, die heimsuchende Furcht jeder Stunde, der Schrecken vor einer Endkatastrophe, der alle Gemüter in fortdauernder Wachsamkeit hält. Millionen menschlicher Wesen sind in Schrecken versetzt und gelähmt, dem Fatalismus und der Verzweiflung überlassen. Diese Tragödie hat nicht verfehlt, einen Widerhall in den Herzen Tausender von Juden aller Länder zu finden und wir haben Vertrauen zu allen guten Menschen Europas und Amerikas. Aber Hilfe in entsprechendem Masse zu finden ist schwer.

Die leidende Bevölkerung wendet jetzt mit einem letzten Schimmer von Hoffnung ihre Augen zu der Liga der Nationen — zu der Liga, die Recht, Freiheit und moralische Autorität personifiziert gegen Macht, Tyrannei und Gewalt. Wir fordern von der Liga einen Beweis der Sympathie, der unsere schwergeprüften Brüder wieder zur Ruhe bringt, die ausstreckende Hand, die ihnen zeigen soll, dass sie nicht verlassen sind, und dass es noch eine Möglichkeit gibt, ihre Häupter zu erheben und zu einem friedlichen Leben, voll von fruchtbarer Arbeit und vielleicht von Glück zurückzukehren.

Wir bitten Eure Exzellenz, diesen Appell der Versammlung der Liga der Nationen zur Kenntnis bringen zu wollen. Wir wagen die Versammlung ferner zu bitten, ihn an den Rat leiten zu wollen und bei diesem die Ernennung einer Untersuchungs-Kommission anzuregen. Jener Kommission werden die Organisationen, die wir die Ehre haben zu vertreten,

alle Unterlagen, die sich in ihrem Besitz befinden, unterbreiten, zusammen mit der Anregung für eine Hilfsaktion.

Gez. Nahum Sokolow, Präs. des Komitees der Jüd. Delegationen, Lucien Wolf, Sekretär und Spezialdelegierter des Jewish Board of Deputies und der Anglo-Jewish Association, Israel Zangwill, Präs. der Jewish Territorial Organisation.

Eingabe der Jüdischen Presszentrale Zürich an die Völkerbundsversammlung in Genf.

Der derzeit in Genf weilende Herausgeber der „Jüdischen Presszentrale Zürich" überreichte dem Präsidenten der Völkerbundsversammlung in Genf, Minister Hymans, eine Eingabe bezügl. der Juden-Pogrome in den Ländern Osteuropas, die wir nachstehend in deutscher Uebersetzung wiedergeben:

Genf, den 15. Dezember 1920.

Exzellenz,

in meiner Eigenschaft als Direktor und Herausgeber der „Jüdischen Presszentrale Zürich", die rege Beziehungen mit 150 jüdischen Zeitungen der ganzen Welt unterhält, nehme ich mir die Freiheit, die Aufmerksamkeit Eurer Exzellenz und durch Ihre kompetente Vermittlung die der Hohen Versammlung auf das abscheuliche Verbrechen der Pogrome zu lenken, durch die Tausende von Juden in den verschiedenen Ländern des Osten hingemetzelt werden.

Seit langen Monaten erklingt ein Schrei des Schmerzes und der Verzweiflung eines gemarterten Volkes, und unsere Redaktion empfängt unaufhörlich Berichte über den Vernichtungskrieg gegen eine ganze Nation, Berichte, die man uns flehentlichst ersucht, nicht nur den jüdischen Zeitungen, sondern der öffentlichen Meinung der ganzen zivilisierten Welt zur Kenntnis zu bringen.

Die Jüdische Presszentrale erachtet es daher für ihre Pflicht, sich zum Interpreten der Gefühle dieser jüdischen Bevölkerung zu machen, die nicht in der Lage ist, hier ihre Stimme zu erheben und Ihre Aufmerksamkeit, Herr Präsident und die der Hohen Versammlung auf die unerhörte Tragödie zu lenken, die sich im Osten abspielt.

Unsere Redaktion wird sich glücklich schätzen, sich dem Generalsekretär zur Verfügung zu stellen und ihm einen detaillierten Dossier zu unterbreiten, damit die Liga der Nationen sich eine Meinung bilden kann über das bedauernswerte Schicksal eines Volkes, dessen grosse Propheten bereits die Erfüllung der edlen und erhabenen Idee des Völkerbundes vorausgesagt haben.

Genehmigen Sie, Exzellenz, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung

gez. Oscar Grün
Direktor und Herausgeber
der „Jüdischen Presszentrale Zürich"

Die jüd. politische Tätigkeit beim Völkerbund.

Der Herausgeber der „J.P.Z.", der sich anlässlich der Sitzungen des Völkerbundes nach Genf begeben hat, berichtet: Seit 14 Tagen befinden sich der Vorsitzende der Jüd. Delegationen Nahum Sokolow und seit 10 Tagen der Generalsekretär des Komitees Leo Motzkin in Genf, um bestimmte allgemein jüd. Aktionen durchzuführen, welche mit der Tagung des Völkerbundes und noch mehr mit den späteren Arbeiten der einzelnen Kommissionen des Völkerbundes im Zusammenhange stehen. Vor allem sind es folgende Probleme, welche das K. d. J. D. nach mehreren Beratungen in Paris veranlasst haben, die beiden Herren als Spezialdelegation nach Genf zu entsenden: Die Gefahr weiterer Pogrome, ja der völligen Vernichtung des ukrainischen Judentums; die Nichtanwendung oder Verletzung der Friedensverträge, soweit es sich um die Minoritätsklauseln handelt, in einer Reihe von Ländern; die internationale Durchführung solcher Verpflichtungen seitens derjenigen Staaten, welche noch nicht in den Völkerbund aufgenommen worden sind usw. Dazu kommen noch mehrere Spezialaufgaben.

Als wichtigste Aktion hat das K. d. J. D. die Aktion gegen die Pogromgefahr im allgemeinen, insbesondere jedoch auf ukrainischem Gebiet, betrachtet. Auf Initiative des K. d. J. D. ist deswegen ein gemeinschaftliches Schreiben an den Präsidenten des Völkerbundes gerichtet worden, das ausser dem Präsidenten des K. d. J. D. auch vom Sekretär des engl. Joint Foreign Committee, Lucien Wolf, und vom Präsidenten der ITO, Zangwill, unterzeichnet wurde. In diesem an anderer Stelle im Wortlaute wiedergegebenen Schreiben wird der Völkerbund um einen Ausdruck der Sympathie für die Pogromopfer und um Einsetzung einer Untersuchungskommission gebeten. In ähnlichem Sinne hat die „Alliance Israélite Universelle" eine Eingabe an den Völkerbund gerichtet.

Damit ist erst die Aufgabe gestellt, denn es gilt, zwei Regierungen dafür zu gewinnen, dass sie die Frage im Plenum erheben sollen, es gilt, durch persönliche Besprechungen und Zustellung der erforderlichen Materialien dafür Sorge zu tragen, dass Wortführer sich melden, welche das furchtbare Verbrechen brandmarken. Um so erstaunlicher ist es, dass ausser dem K. d. J. D. die Vertreter der anderen Organisationen unmittelbar nach Ueberreichung erwähnten Briefes Genf verlassen haben, wo doch geschlossenes Vorgehen aller Teile im Judentum dringend erforderlich wäre.

Neben dieser Aktion ist das K. d. J. D. auf dem Gebiete der Minoritätenrechte in Genf tätig. Sokolow hatte seit seiner Ankunft wiederholt Besprechungen mit massgebenden politischen Faktoren, anlässlich der Frage der Aufnahme Finnlands in den Völkerbund, Besprechungen, die dahin zielen, dass jeder neue Staat, der nach Aufnahme in den Völkerbund strebt, die Verpflichtung übernehme, in seine Konstitution die von der Friedenskonferenz anerkannten Minderheitsrechte aufzunehmen. Bekanntlich hat Lord Robert Cecil das Problem ein Plenum bereits aufgeworfen, worauf es an die 5. Kommission nach Wahl einer zusätzlichen Subkommission (Cecil, Motta, Benes) verwiesen wurde. Das K. d. J. D. hat darauf in diesem Stadium ein spezielles Memorandum überreicht und es besteht die Hoffnung, dass die Frage günstig gelöst werden wird.

Bezüglich der Ukraine wird das K. d. J. D. dem Völkerbunde eine besondere Deklaration überreichen, welche ein Echo der furchtbaren jüd. Tragödie darstellt. Das K. d. J. D. beschäftigt sich ferner mit den Pogromen in Ungarn, mit den Fragen der Juden von Danzig, mit der Angelegenheit der ostgalizischen Flüchtlinge in Wien usw. Schliesslich hat die Nichteinhaltung des Vertrages über den Schutz der nationalen Minoritäten durch Polen eine besondere Aktion des Komitees der Jüd. Delegationen zur Folge gehabt.

Finnland und die nationalen Minderheitsrechte.

Genf, 16. Dez. (Telephonisch.) Die Kommission für Zulassung neuer Staaten in den Völkerbund hat beschlossen, die Aufnahme Finnlands zu empfehlen. Sie hat zugleich jedoch — nach einer lebhaften Debatte und einer eifrigen Rede Lord Robert Cecils beschlossen, Finnland die Aufnahme der Minoritätenklausel in die Verfassung zu empfehlen. Die finnländische Delegation hat eine diesbezügliche Zusage abgegeben. Die Frage der Aufnahme Finnlands kam heute Donnerstag vormittags vor das Plenum, wobei der Berichterstatter Poullet (Belgien) eine schriftliche Zusage des Vertreters von Finnland, der

Minoritätenklausel strikt nachzukommen, zur Verlesung brachte.

Offizielle Publizierung des Traktates über die Minoritätenrechte in Polen.

Am 6. Dez. wurde im offiziellen Verordnungsblatte (Nr. 110) endlich der Zusatztraktat zum Versailler Friedensvertrage bezüglich der Rechte der nationalen Minoritäten in Polen publiziert. Der Zusatztraktat ist nur von dem Regierungsoberhaupt Pilsudski und dem damaligen Aussenminister Paderewski unterfertigt, und ist erst durch die soeben erfolgte Veröffentlichung in Polen in Kraft getreten. (Bekanntlich hatten die jüd. Reichstagsabgeordneten mehrfach die Kundmachung erwähnter Bestimmungen im Reichsgesetzblatte urgiert, so u. a. Abg. Thon in seiner Reichstagsrede vom 16. Nov. (s. „J.P.Z." Nr. 119) und auf die Merkwürdigkeit verwiesen, dass im Reichsgesetzblatte der Versailler Friedensvertrag unter Ausschluss der 8 Paragraphen des Zusatzvertrages bezüglich der nationalen Minoritäten veröffentlicht worden sei, wodurch trotz der Ratifizierung diese Bestimmungen in Polen noch nicht Gesetzeskraft erlangt hätten. Es bleibt abzuwarten, ob die Bestimmungen nach der jetzigen Verlautbarung in der Praxis wirklich Anwendung finden werden.)

Weizmann über das Mandat.

In einem, dem Vertreter der New-Yorker „Zeit" Kaplanski gewährten Interview erklärte W e i z m a n n: Das Mandat hat in seiner heutigen Form viel von seiner früheren Schönheit verloren, aber wenn man keine Vergleiche mit früher anstellt, kann man beim Durchlesen des Mandates feststellen, dass es alle prinzipiellen Bestimmungen enthält, die von uns gewünscht wurden, u. zw.: Die Anerkennung unserer historischen Rechte auf Palästina, den Beschluss von San Remo, den Auftrag an die Mandatarmacht, alle Mittel für die Errichtung eines jüd. Heimes in Palästina zu ergreifen und die Anerkennung der Zion. Organisation als derjenigen Körperschaft, die mit der Regierung Palästinas beim Wiederaufbau mitzuarbeiten hat. Es fehlt die Instruktion, welche praktischen, administrativen und ökonomischen Mittel die Mandatarmacht anwenden muss, um die erwähnten Prinzipien zu realisieren. Die jetzige Durchführung sei zwar zufriedenstellend, es müsse aber auch Sicherheit für die Zukunft geschaffen werden, wenn vielleicht die Regierungen in England und Palästina dem Zionismus weniger sympathisch gegenüberstehen würden, als es jetzt der Fall ist. Dazu müsste das Mandat ergänzt werden durch praktische Instruktionen, was wohl gelingen dürfte, wenn wir die Arbeit in Palästina im grössten Stile und raschesten Tempo beginnen würden. Jede Politik muss sich auf praktische, kolonisatorische Arbeit im Lande stützen.

Die Einwanderung nach Amerika.

W a s h i n g t o n, 14. Dez. Das Repräsentantenhaus hat den Gesetzentwurf über die Einwanderung mit gewissen Abänderungen angenommen. Nach den Bestimmungen dieses Gesetzes ist jede Einwanderung nach den Vereinigten Staaten während eines Jahres verboten. Die Führer der verschiedenen Parlamentsgruppen des Senats glauben, dass der Senat die Bill verwerfen wird.

Rücktritt des Generaldirektors des Joint für Europa.

Der Pariser G.-Korrespondent der „J.P.Z." berichtet: Der europäische Generaldirektor des Joint, Leutnant James B e c k e r, ist nach Amerika verreist und dürfte auf seinen Posten nach Paris nicht mehr zurückkehren. Bis zur Ernennung seines Nachfolgers wird er von Dr. Bogen vertreten. Beckers Demission erfolgte teils aus persönlichen Gründen, teils aus der Notwendigkeit, sich nach Amerika zu begeben, um persönlich Bericht über die Wiener Konferenz der Joint Direktoren und Beamten aus den einzelnen Ländern zu erstatten. Becker will versuchen, die amerikanischen Kreise zu weiteren Spenden aufzurütteln, um so die katastrophale Einstellung der unmittelbaren Hilfstätigkeit des Joint abzuwenden.

Frauenliga zum Schutze der jüd. Frau und des jüd. Kindes.

(Telephonisch) In Genf hat sich bei grosser Beteiligung eine Frauenliga zum Schutze der jüdischen Frau und des jüd. Kindes gebildet. Eine Eingabe betreffs der Pogrome wurde der Völkerbundsversammlung über reicht. Das Präsidium wurde von H y m a n s empfangen.

Chronik.

Polen.

— Auf einer am 7. Dez. stattgefundenen mehrstündigen Konferenz der Regierung mit Vertretern der polnischen Presse — die jüd. Presse war wiederum wie üblich nicht eingeladen worden — kam Vizepremier D a s z y n s k i u. a. auch auf die Judenfrage zu sprechen und führte u. a. aus: Für die Krediterlangung in Amerika ist auch die Stellung der Regierung zu den Judenexzessen von ausschlaggebender Bedeutung. Die Regierung müsse eine dezidierte Stellung einnehmen, um alle Bürger ohne Unterschied der Rasse und Religion des Lebens, Eigentums und der bürgerlichen Rechte zu versichern. Jeder nationalen Minderheit müsse die Freiheit ihrer Entwicklung garantiert werden. Man könne keine auswärtige Politik führen und es sei unmöglich, im Auslande finanzielle und wirtschaftliche Unterstützung zu erlangen, wenn man gleichzeitig im Lande eine antisemitische Politik führt. Weder England und Amerika noch Frankreich werden geneigt sein, Polen Hilfe zu gewähren, wenn man dort weiter die Juden schnöde behandeln, die Bärte abschneiden und in der Presse den schärfsten Antisemitismus predigen wird. Die Regierung wird auf Veröffentlichung des Zusatzvertrages über die nationalen Minoritäten beharren müssen (die Veröffentlichung ist inzwischen erfolgt „J.P.Z.") und Schritte unternehmen, um ihre Stellung zu den Juden als gleichberechtigte Staatsbürger festzulegen. Die polnische Presse müsse mit diesem Standpunkte der Regierung als einer Staatsnotwendigkeit rechnen.

Obiges offiziöses Communiqué über die Rede Daszynskis bezeichnet es selbst als charakteristisch, dass keine einzige polnische Zeitung von den erwähnten Aeusserungen Daszynskis über die Notwendigkeit einer Aenderung des Verhältnisses zu den Juden Mitteilung macht.

Es ist merkwürdig, dass man in Polen noch immer einzig und allein das Verhalten des Auslandes in der Frage der m e n s c h l i c h e n Behandlung der Juden ausschlaggebend sein lässt. Dass man sich vom Standpunkte der Gerechtigkeit und Gleichberecht gung leiten lassen muss, will niemandem einleuchten, und nur damit die reichen amerikanischen Juden, die übrigens vor allem Amerikaner u. erst dann Juden — und auch das nicht immer — sind, Polen Kredite gewähren, will man die Bärte der Juden in Ruhe lassen. Eine derartige Stellung der Frage schliesst natürlich von vorneherein ihre Lösung aus.

— Am 9. Dez. wurden die infolge technischer Gründe mehrfach verschobenen polnisch-jüdischen Verständigungskonferenzen wieder aufgenommen. Die Regierung war durch D a s z y n s k i und die Juden durch die Abgeordneten: Grünbaum, Farbstein, Hartglas, Schipper und Hirschhorn vertreten. Rabb. Halpern, der ebenfalls eingeladen war, war am Kommen verhindert. In der dreistündigen Beratung wurde eine Reihe von Fragen behandelt, die die polnisch-jüdischen Beziehungen betreffen. Mit Rücksicht darauf,

dass die Regierung wahrscheinlich ein offizielles Communiqué über die Verhandlungen veröffentlichen wird, legen sich die jüd. Abgeordneten vorderhand noch Reserve auf, sodass keine Einzelheiten über den Gang der Verhandlungen veröffentlicht werden.

— Der polnische Ministerrat berät gegenwärtig den Entwurf des auf der letzten Reichstagssitzung demnächst vorzulegenden Regierungsprogramms. Wie es heisst, wird dieses auch diesmal einen besonderen Passus über die Stellung der heutigen Regierung zur Judenfrage enthalten. (Bisher wurde in allen Regierungserklärungen, die Existierung einer Judenfrage in Polen stets totgeschwiegen.)

Revision des Prozesses von Rabbiner Schapiro.

Bezüglich des Prozesses von Rabbi Schapiro hatten die jüd. Abgeordneten einen Dringlichkeitsantrag auf Revision des Prozesses eingereicht. Abg. Grünbaum hat ausserdem diese Frage auf einer Sitzung der militärischen Kommission berührt, ebenso Kirschbraun auf einer Sitzung bezügl. der polnisch-jüdischen Verständigung. Auch die Witwe Schapiros hatte ein Revisionsgesuch eingereicht. Auf Grund erwähnter Interventionen hat der Kriegsminister die Angelegenheit dem Obersten militärischen Gerichtshofe vorgelegt, der einstimmig die Revision des Prozesses beschloss und die Akten dem militärischen Gerichte in Warschau zur Wiederaufnahme des Prozesses übersandte. Es ist also zu hoffen, dass die Unschuld des Märtyrers Schapiro jetzt endlich gerichtlich festgestellt wird.

— Eine Delegation der Lemberger Vereinigung der jüd. Beamten unter Führung von Dr. Hausner intervenierte in Warschau in Angelegenheit der Reaktivierung der jüd. Staatsbeamten.

— Angesichts der Rückkehr General Balachowicz' nach Warschau, richteten die der jüd. Volkspartei angehörenden Abgeordneten an die Regierung die Aufforderung, den General zu internieren und in Anklagezustand zu versetzen, wegen der von seinen Truppen auf dem zum polnischen Reiche gehörenden Territorium verübten Pogrome, wie in Wlodawa, Kamien-Kaszyrsk, Domatschewo, Pinsk usw., ausser den Orten, die sich in der Demarkationslinie befinden.

— In Tarnopol befinden sich gegenwärtig 10 000 jüd. Flüchtlinge aus der Ukraine, die keine Einreiseerlaubnis nach Warschau erhalten. Die amerikanisch-jüdischen Institutionen bemühen sich, damit die Emigranten, die Visa und Schiffskarten besitzen, direkt zu den nächsten Hafenstädten geleitet werden.

— Demnächst wird der ehemalige Direktor des Joint, Dr. Hirschfield, der zum Generaldirektor der „Hias" für Polen ernannt worden ist, aus Amerika nach Warschau zurückkehren.

— Die zion. Exekutive für Ostgalizien veröffentlichte ein Communiqué, wonach die Meldung des ukrainischen „Wpered", dass die ostgalizischen Zionisten durch ihre Vertreter in der Schweiz die Forderungen der ostgalizischen ukrainischen Delegation in Genf unterstützt hätten, vollkommen unwahr sei. Die Zionisten Ostgaliziens hätten in der Schweiz überhaupt keine Vertretung.

— Das österreichische Konsulat in Warschau verweigert in letzter Zeit den Palästinareisenden das Durchreisevisum durch Oesterreich. Da alle diesbezügl. Bemühungen des Warschauer Palästinaamtes bisher vergeblich waren, begibt sich der Leiter des Palästinaamtes, Lewite, in den nächsten Tagen nach Wien, um in dieser Angelegenheit bei der österr. Regierung zu intervenieren.

— Am 3., 4. und 5. Dez. tagte in Warschau der Parteirat der Poale Zion, unter Teilnahme von 25 Delegierten aus Polen und Galizien. Der Parteirat bestätigte einstimmig den Beschluss des Zentralkomitees, dem Abg. Schipper das Abgeordnetenmandat zu entziehen und die Frage seiner Parteizugehörigkeit dem Zentralkomitee als der kompetenten Instanz zu überweisen.

— Am 7. Dez. begann in Warschau unter der Redaktion von Pietruschka und Weisbarth ein den Emigrationsfragen gewidmetes jiddisches Wochenblatt „Der Emigrant" zu erscheinen.

— Einem Bericht des Warschauer Palästinaamtes entnehmen wir, dass durch Vermittlung dieses Amtes im Jahre 1919 123, im Januar 29, Februar 17, März 11, April 10, Mai 69, Juni 320, Juli 612, August 298, September 20 und Oktober 292, also zusammen 1811 Personen nach Palästina abgereist sind. Von einer Emigration kann man also erst seit Mai sprechen. Die Stagnation im August und September erklärt sich durch die damaligen Kriegsverhältnisse. Von den 1811 Palästinafahrern sind 896 Chaluzim und 915 einfache Emigranten. 1620 Emigranten sind unter 30 Jahren. Der Prozentsatz der Frauen und Kinder ist nur ein geringer, nimmt jedoch in letzter Zeit, wo die Wanderung die charakteristische Form der normalen Familien-Auswanderung annimmt, zu. 40% der Auswanderer sind landwirtschaftliche Arbeiter, 40 weitere Prozent mehr oder weniger ausgebildete Handwerker, während der Rest dem freien Berufsstande entstammt, resp. Leute ohne berufliche Ausbildung mit grösserem oder kleinerem Kapital betrifft.

— Der frühere Sekretär des Hilfsvereins in Berlin und jetziges Mitglied des Joint für Emigrationsfragen, Dr. Bernhard Kahn, wird dieser Tage in Warschau eintreffen.

— „Unser Stimme" wurde von der Regierung verboten und das Redaktionslokal versiegelt.

Weissrussland.

— Noch immer gelangen zahlreiche weitere Einzelheiten über die von den Truppen Balachowicz' im Pinsker Kreise verübten Grausamkeiten nach Warschau. Die Zahl der jüd. Opfer soll 1000 erreichen.

Litauen.

(Polnisches Okkupationsgebiet.)

— Der Korrespondent der „East Express" in Grodno hatte eine Unterredung mit dem Präsidenten der litauischen zion. Organisation, Dr. Regensburg, der erklärte, dass die litauische Judenheit sich in zahlreiche sich leidenschaftlich befehdende Parteien spalte und keinen einheitlichen Standpunkt bezüglich des polnisch-litauischen Konfliktes einnehme. Die Majorität der Juden sei für die Vereinigung Wilnas mit Litauen, nicht aus materiellen Gründen, sondern weil die Forderungen der Litauer ihrer Meinung nach gerecht seien. Allen gemischtsprachigen Orten müsse eine weite national-kulturelle Autonomie gewährt werden. Im zukünftigen Litauen sei eine Teilung in Kantone, wie in der Schweiz möglich. Es werde auch später zweifelsohne zu einer Annäherung zwischen Polen und Litauen kommen. Falls die Polen ihre Politik gegenüber den Juden ändern würden, würde dies nicht wirkungslos auf die Ansichten der Judenheit bezüglich ihrer Staatszugehörigkeit bleiben. Rabbiner Rubinstein, an sich derselbe Korrespondent gewandt hatte, verweigerte jede Auskunft.

Grodno. Laut Meldung der „East Express" hat die Kommission des Völkerbundes den Vertretern des jüd. Komitees in Wilna eine Spende von 1 Million Ostmark und 800,000 polnischen Mark überreicht.

— Auf Grund der Bemühungen der jüd. Schulorganisationen hat die Regierung 1,400,000 Mark für die Gehälter der jüd. Lehrer assigniert, wovon 900,000 sofort ausbezahlt wurden. — Die provisorische Regierung gibt verschiedensprachige Pässe aus und zwar an Juden in polnischer und jiddischer Sprache. — In Wilna erscheinen jetzt zwei jüd. Tageszeitungen „Unser Tog" und „Najs" und ein Wochenblatt „Dos freie Wort".

Lettland.

— Die lettische Regierung reklamierte, dass unter den von den Bolschewisten freigegebenen Heimkehrern sich eine unverhältnismässig grosse Zahl von Juden befinde. Tschitscherin erklärte in seiner Antwortnote, dass sich die bolschewistische Regierung ausschliesslich nach den Grundsätzen der Staatszugehörigkeit ohne Rücksicht auf Rasse richte.

Bessarabien.

— Laut in London eingetroffenen Telegrammen hat die rumänische Regierung auf einer Kabinettsitzung beschlossen, alle in Bessarabien sich aufhaltenden ukrainischen Flüchtlinge zu internieren. Al e auf Grund früherer Interventionen (s. „J.P.Z. Nr. 121) gewährten Erleichterungen sollen jetzt hinfällig werden.

Ungarn.

— F — Die Lage der Juden in Ungarn hat sich in keiner Weise geändert. In Budapest scheint infolge der Vorgänge der letzten Zeit, die denn doch zu viel Staub aufgewirbelt haben, einigermassen Ruhe eingetreten zu sein, aber in der Provinz arbeiten die berüchtigten Detachements ungehindert weiter. Einer der letzten bekannt gewordenen Fälle betrifft einen Juden aus Fiume, Büchler, welcher, als er durch Ungarn reisen wollte, von der Grenzwache verhaftet und mehrere Wochen im Gefängnis Waitzen gefangen gehalten wurde. Dabei wurde er den schwersten Torturen unterworfen, die Zehen wurden ihm eingeschlagen. ein Loch in den Fuss gebrannt, sein ganzes Geld samt Kleidern geraubt. Im elendsten Zustand kam Büchler nach Wien, wo die italienische Mission, an die er sich als Fiumaner wandte, seine Sache zu betreiben versprach. Im Gefängnis von Waitzen, das durch die dort vorgekommenen Morde bekannt geworden ist, fand Büchler einige Juden, deren Namen bekannt sind und die den schwersten Misshandlungen unterworfen werden.

Der Budapester Gemeinderat geht daran, die Subventionen an die einzelnen Religionsgemeinden, nach der Prozentzahl abzustufen. Den jüd. Gemeinden wurde eine Subvention auf der Grundlage von 5% zuerkannt, d. h. es wurde der Bevölkerungsschlüssel des Landes auf die Stadt Budapest angewendet, wo die Juden 25% der Gesamtbevölkerung bilden. Es ist klar, dass die Beträge gegenüber dem Riesenbudget der jüd. Gemeinde gar nicht ins Gewicht fallen. Es handelt sich augenscheinlich darum, die jüd. Konfession gegenüber den anderen zurückzusetzen Dies geschieht zu einer Zeit, wo das Joint 13 Millionen Kronen nach Budapest überwiesen sat, (s. J. P. Z. No. 117) welcher Betrag skandalöser Weise in Horthychristliche Hände zur Verfügung übergangen ist, sodass nur der geringste Teil jüd. Zwecken zugeführt we den dürfte. Bei alledem schwimmen etliche assimilatorische Grossjuden, denen der Horthykurs persönlich nichts anhaben kann, munter an der Oberfläche fort. Namentlich der Abg. Paul Sandor entwickelt sich zu einer Gefahr für das Judentum durch seine würdelose Vertuschungstaktik, welche der magyarischen Sache auch die jüd. Interessen zu opfern bereit ist.

Oesterreich.

— F — Immer mehr werden die Ergebnisse der streng vertraulichen Konferenz bekannt, welche die Joint Direktoren im vorigen Monat (s. „J.P.Z." Nr. 119) in Wien abhielten. Der Konferenz, welche ursprünglich rein administrativen Charakter haben sollte, lag ein New-Yorker Telegramm vor, welches auf einen baldigen Abbau der Tätigkeit des Joint auf dem Gebiete der Linderung der augenblicklichen Not vorbereitet. Die Kasse des Joint in New-York verfügt momentan nur über 3 Millionen Dollars, welche Summe bis zum 1. Juli 1921 ausreichen soll. Nach Angabe von Kennern der Verhältnisse in Amerika, seien weitere Fonds nicht mehr zu erwarten, sodass an einen Abbau der Unterstützungs-Tätigkeit geschritten werden muss. Die Mazzoth-Versorgung muss eingestellt werden, ebenso werden für die Flüchtlingsfürsorge keine weiteren Mittel verfügbar sein. Die Konferenz beschloss in einer Resolution an die amerikanische Oeffentlichkeit zu appellieren, (s. „J.P.Z." Nr. 121) neue Geldmittel aufzubringen, um die Fortsetzung des Hilfswerkes weiterhin zu ermöglichen. Die Wiederaufbautätigkeit, auf die sich das Joint in Hinkunft beschränken will, soll vom Joint in Form einer separaten Aktion aufgenommen werden.

— F — Einer Schar von Freunden des jüd. Theaters ist es gelungen, in Wien ein stabiles jüd. Theater zu gründen, in welchem ernste jüd. Kunst in guter Darstellung geboten werden soll. Die „Jüdischen Kammerspiele" stehen unter der Leitung des Schauspielers Egon Brecher und versprechen vieles zur Förderung und Hebung des jiddischen Theaters beizutragen. Das Theater wurde mit Pinskis „Jeckel, der Schmid" eröffnet, der sehr wirkungsvoll aufgeführt wurde.

Deutschland.

— R — Anfang Dezember verliessen mehrere bekannte Zionisten Berlin, um sich nach Palästina zu begeben, darunter der ehemalige Vorsitzende des A.C. Prof. Warburg, der sich zu wissenschaftlichen Zwecken ins Land begibt, ferner die als Wissenschafter und Publizisten bekannten Dr. Theodor Zlocisti und Dr. Kurt Nawrazki. Mit dem gleichen Schiff fuhren auch mehrere Chaluzim und Chaluzoth nach Amerika ab.

— R — Der bekannte Theologe der Berliner Universität, Prof. Hermann Strack, hat eine Broschüre „Jüdische Geheimgesetze?" veröffentlicht, die mit den grossen antisemitischen Pamphleten der letzten Zeit, insbesondere den „Geheimnissen der Weisen von Zion" und Dinters „Sünde gegen das Blut" abrechnet. Mit überlegener wissenschaftlicher Kenntnis wird hier von einer christlichen Autorität das Märchen widerlegt, dass es jüd. Geheimgesetze gibt und es wird nachgewiesen, dass die antisemitischen Behauptungen der erwähnten minderwertigen und volksvergiftenden Literatur Fälschungen und Verleumdungen darstellen, die ein Autor dem anderen abschreibt.

— R — In einer Versammlung der „Deutschvölkischen Arbeitsgemeinschaft München" wurde nach einem Referat von Arnold Ruge (Heidelberg) eine Protestresolution gegen die Verjudung der Hochschulen gefasst und die Einführung des numerus clausus für jüd. Studenten gefordert.

Frankreich.

Besserung im Befinden Max Nordaus.

Paris, 13. Dez. -J Das Befinden Nordaus hat sich entschieden gebessert. An dem Lager des Kranken weilen ausser seiner Familie, Dr. Marmorek und Dr. Jacobson als behandelnde Aerzte. Jean Fischer aus Antwerpen war nach Paris gekommen, um Nordau vor seiner Abreise nach Amerika zu sprechen. Die Amerikareise Nordaus ist natürlich durch seine Erkrankung unmöglich geworden.

— Die royalistisch-chauvinistische „Action Francaise" veröffentlicht einen Leitartikel von Léon Daudet, worin sie in den bei ihr gebräuchlichen, beschimpfenden Verleumdungen, die Ausweisung Nordaus als eines „espion boche" fordert und droht, dies mit Gewalt durchzusetzen, im Falle die Staatsgewalt nicht sofort an die Ausführung geht.

— Herr Léon Bramson ersucht uns um die Feststellung, dass er in London nicht in Angelegenheiten des „Komitees der Jüd. Delegationen", dem er nicht angehöre, tätig war, sondern dass seine Tätigkeit in erster Linie der Gesellschaft für Förderung des Handwerks und Ackerbaues unter den russischen Juden (ORT) galt. Ausserdem habe er sich auch den Angelegenheiten der jüd. Welthilfskonferenz gewidmet.

Paris. -J- Am 7. Dez. fand hier eine grosse zion. Versammlung statt, bei der Marmorek, Jean Fischer und Temkin sprachen. Fischer wies auf die überaus ernste Lage des Zionismus hin, der eine realpolitische Gestalt annehmen muss, besprach dann die Mandats- und Grenzfrage und erklärte die Stellung der Opposition im gegenwärtigen Momente. Temkin erklärte, das Wesentliche seien nicht die schriftlichen Verträge, sondern die durch Arbeit gewonnene Position des jüd. Volkes in Palästina. Dazu sei vor allem Geld nötig. Trotz verschiedener abweichender Meinungen müsse jeder Zionist aus Disziplin den Keren Hajessod unterstützen. Marmorek unterstrich den positiven, nicht negativen Charakter der Kritik der Opposition, entwarf eine Skizze der Geschichte der Bewegung während des Krieges und kritisierte die Finanzgebarung der Leitung und die Londoner-Konferenz. Er setzte sich für den Keren Hajessod ein, verlangte aber, dass nur der Kongress die Verwaltung übernehmen dürfe. Zum Schluss wurden Dr. Nordau auf Antrag Temkins die besten Wünsche für seine Genesung übermittelt.

Am 11. Dez. veranstaltete das Pariser Komitee zur Unterstützung der jüd. Kriegs- und Pogromopfer des ehemaligen Russlands eine Versammlung, bei der unter Vorsitz von Ing. W. Temkin, ausser diesem selbst noch andere Mitglieder des Komitees zu Gunsten der Hilfsaktion für die russischenn Juden sprachen. Temkin entwarf ein erschütterndes Bild von den Leiden des russischen, insbesondere des ukrainischen Judentums.

— Die von der Exekutive der jüdischen Welthilfskonferenz einberufene Sitzung aller jüd. Hilfsorganisationen, die bisher noch nicht in genügendem Masse in der Ukraine gearbeitet haben und nun beabsichtigen, diesem unglücklichsten Teil des Judentums ihre volle Aufmerksamkeit zu widmen, wird, wie unser Pariser J-Korrespondent erfährt, am 25. Jänner stattfinden.

-J- In Antwort auf den Aufruf zur Bildung eines Zentralfonds zur Hilfe für die unglücklichen ukrainischen Juden, den die Exekutive der jüd. Welthilfskonferenz erlassen hat, hat das Pariser russische Hilfskomitee für die jüd. Progromopfer in seiner letzten Sitzung beschlossen, 100,000 Francs zu diesem Zwecke anzuweisen.

England.

— Auf eine Anfrage des Abg. Hall, wegen der Keren Hajessed Konferenz in Manchester und der regen Beteiligung Minister Monds an der Aktion für den Keren Hajessod, zu dem Deutschland 7,5 Millionen beisteuere und der bezwecke, die Bestimmung des Oberkommissärs für Palästina in die Hand zu bekommen, erklärte namens der Regierung Bonar Law, der Karen Hajessod bezwecke, soweit er unterrichtet sei, Geld bei den Juden der ganzen Welt aufzubringen, um die ökonomische Entwicklung Palästinas zu fördern, was im Einklange mit der engl. Politik stehe. Die Bestimmung des High-Commissioners bilde keinen Teil seines Programms. Die unter Vorsitz von Mond in Manchester stattgefundene Konferenz stand nicht unter Aufsicht der Regierung, aber Mond, der sich für den Erfolg des Keren Hajessod warm einsetzt, nahm daran teil.

— Auf zwei grossen Versammlungen in Manchester, deren eine unter Vorsitz von Minister Mond stattfand, setzten sich u. a. Mond, Weizmann und Dr. Lewin für energische Agitation für den Keren Hajessod ein. Besonders Mond nimmt in letzter Zeit äusserst regen Anteil an den Arbeiten für den Keren Hajessod.

— Auf einen im Parlament eingebrachten Vorschlag, die englischen Truppen ökonomischer Gründe halber aus Palästina zurückzuziehen, erklärte Lloyd George, dass dies eine wichtige Frage sei und er sei bereit, darüber zu diskutieren.

Amerika.

— Laut den Berichten über die Schlussitzungen der Jahreskonferenz der amerikanischen Zionisten wurden alle Anträge der Leitung angenommen. Bei der Resolution wegen Förderung der privaten Kapi als n agen in Palästina wurde mit 117 gegen 99 Stimmen ein Zusatzantrag angenommen, w: nach die zion. Organisation ihren Einfluss auf die Privatgesellschaften ausüben soll, damit diese den sozialen Forderungen gerecht werden und auch besonders jüd. Arbeiter beschäftigen, die Stimmrecht in den Verwaltungen dieser Gesellschaften erlangen. Brandeis, der entgegen den zahlreichen anderslautenden Meldungen an der Konferenz nicht teilnahm — es war dies nebenbei gesagt, die erste zionistische Konferenz, an der sich Brandeis seit seiner Bekehrung zum Zionismus nicht beteiligte, — wurde ein einstimmiges Vertrauensvotum übermittelt, wodurch es also auch hier nicht zu Messung der Kräfte zwischen der Opposition und der sogenannten Offizialität kam. Uebrigens behaupten auch die Oppositionellen, dass sie keineswegs Brandeis bekämpfen, sondern nur seine unverantwortlichen Ratgeber. Nach den neuen Bestimmungen, werden die Sekretäre für Organisation und das neugeschaffene Palästinaamt nicht mehr von der Konferenz, sondern vom Exekutivkomitee bestimmt. Da in letzter Zeit besonders zwischen de Haas, der ein unbedingter Parteigänger Brandeis' ist und Louis Lipski starke Differenzen herrschen, ist es noch nicht sicher, ob nicht einer dieser beiden Sekretäre jetzt ausscheiden wird. Die Konferenz beschloss u. a. auch, sich mit grösster Energie für die palästinensische Anleihe und den Keren Hajessod einzusetzen und nach Möglichkeit alle Juden dazu heranzuziehen. (In einem an die Konferenz gerichteten Schreiben von Adolf Krauss, dem Präsidenten des Bne-Brith Ordens, der vorher ein bekannter Gegner des Zionismus war, wird um Mitteilung ersucht, wie die Hunderttausende von Mitgliedern des Ordens ihren grossen Einfluss für Palästina betätigen können.) Zum Ehrenpräs. wurde wieder um Louis Brandeis und zum Ehrenvizepräsidenten — eine Neuschöpfung — Stephen Wise gewählt. Mack bleibt Präsident, Nathan Strauss und Dr. Friedenwald Vizepräsidenten und Schweitzer Kassierer.

— Alle jüd. Organisationen veröffentlichen eine gemeinsame Erklärung gegen das Pamphlet „Geheimnisse der Weisen von Zion" und gegen die von Ford systematisch fortgeführte antisemitisch Hetze. Die amerikanische Tagespresse schenkt dieser Kundgebung grosse Aufmerksamkeit.

— Ben-Awigdor hat in New-York ein von Podlischewski und Grünbaum verzeichnetes Kabeltelegramm erhalten, die drohende Einstellung der „Hazefira" durch Werbung von Abonnenten abzuwenden. Infolge Abgeschnittenseins von Litauen und Weissrussland vergrössere sich das Defizit immer mehr und die einzige europäische hebräische Tageszeitung müsste eingehen, wenn nicht Amerika zu Hilfe käme. Tausend amerikanische Abonnenten würden genügen, um das weitere Bestehen sicherzustellen.

Kanada.

— Die kanadische Regierung kabelte an die englische Regierung in London, dass sie die Forderungen der zionistischen Föderation in Kanada stark unterstütze, dass beim Festsetzen der Nordgrenze Palästinas die Wasserkräfte des Litani, Jarmuk, die Wasserfälle bei Tiberias und die verschiedenen Quellen des Jordan östlich von Tiberias unbedingt zu Palästina gehören sollen.

Armenien.

— Laut einem in London aus Bombay eingetroffenem Telegramme haben jetzt auch die Armenier, die ja selbst zu den meist pogromierten Völkern gehören, Judenpogrome veranstaltet. Nach erwähntem Telegramm sind in Bombay 197 jüd. Flüchtlinge — 112 armenische und 85 persische Juden — eingetroffen, die einem Vertreter der indischen „Times" näheres über die von den Armeniern verübten Pogrome berichteten. Danach hätten die Armenier, unmittelbar nachdem ihnen die Bolschewisten als Verbündeten die Macht in Armenien übergeben hatten, Hunderte von Juden hingemordet. Ganze Familien wurden auf grausamste Weise umgebracht. So hät einer der Flüchtlinge seine ganze Familie, bestehend aus Frau und 8 Kindern bei diesem Pogrom verloren. Alle in Indien eingetroffenen Flüchtlinge wurden beraubt; viele haben noch jetzt am Körper Zeichen von Schuss- und Hiebwunden.

Erez Israel — Palästina.

— Samuel hat allen Kreisverwaltern und Regierungsabteilungschefs ein Verzeichnis der Namen der jüdischen Kolonien zukommen lassen und verlangt, dass sie sich bei Nennung dieser Kolonien dieser Namen bedienen. Auch in allen Schulbüchern und auf Karten sollen diese Namen benützt werden.

— Wie der „Haaretz" vom 26. Nov. aus sicherer Quelle erfährt, hat Baron Edmond Rothschild alle nötigen Ausgaben für den Bau der Eisenbahn von Petach-Tikwah nach Rosch-El-Ein auf sich genommen. Diese für die ökonomische Entwicklung Petach-Tikwahs so wichtige Bahnlinie wurde schon lange projektiert, konnte jedoch mangels an Mitteln nicht zur Ausführung gelangen. Jetzt sollen dem Bau keine Hindernisse mehr im Wege stehen.

— Der bekannte Philanthrop Kadori hat laut „Doar Hajom" vom 29. Nov. für den Bau von Gartenstädten und eines grossen Krankenhauses in Jerusalem als erste Rate seiner Zeichnung 30,000 ägyptische Pfund der Zion. Organisation überwiesen.

— Die Jerusalemer Kaufleute wurden von den Behörden vorgeladen und über die Ursache befragt, weshalb die Warenpreise trotz niedrigerer Erstehungs-

kosten nicht nur nicht billiger, sondern zuweilen, wie z. B. beim Zucker, auch noch teuerer würden. Die Kaufleute beriefen sich auf ihre grossen Vorräte, die sie noch teuer hätten bezahlen müssen. Die Regierung schrieb den Kaufleuten Durchschnittspreise vor, unter Betonung, dass sie das Gebaren der Kaufleute scharf kontrollieren u. dass jede Preistreiberei dem schärfsten Widerstande der Regierung begegnen werde.

Ausserdem hat die Regierung angeordnet, dass allen Waren, in erster Reihe die des tägl. Gebrauches Preis-Aufschrift tragen. Jede Uebertretung wird mit einer Geldstrafe von 100 Pfund oder 3 Monaten Gefängnis, beide Strafen ev. auch verbunden, geahndet werden.

— Das beim Regierungsgericht bestehende Komitee zur Organisierung der konfessionellen Gerichte lud am 24. Nov. Vertreter aller jüd. Gemeinden ein, ihre Ansichten über diese wichtige Frage zu äussern. Anwesend waren u.a. die Rabbiner Ko k und Sonnenfeld, Dr. Junowiz, Dr. Nofach und namens des Waad Hazirim Pen. Die zur Beantwortung vorgelegte Frage lautet: Auf Grund welcher Gesetze bestehen die konfessionellen Gerichte, welche Kompe enz besitzen sie und in welcher Weise werden Kompe enzkonflikte geschlichtet. Für den 25. waren weite e jüd. Vertreter zur Aeusserung eingeladen, darunter auch Rabbi Uziel aus Jaffa. Auch die christlichen und muselmanischen Gemeinden wurden um Au kunft angegangen. Dem Auskunft einholenden Komitee gehören unter Vorsitz eines Regierungsvertreters ein Engländer, je ein christlicher und muselmanischer Araber und ein Jude (Frumkin) an.

— Nach einer vom 4. Nov. datierten Zoll-Verordnung sind folgende Artikel von der Zollabgabe befreit, insofern sie das Eigentum von Personen sind, die in Palästina ankommen, um sich dort niederzulassen oder insofern sie Touristen gehören: Persönliche Effekten und Kleidungsstücke, Möbel, persönliche Juwelen, Haushaltungsgegenstände. Der Import von Waffen und Munition, Salz, Haschisch, deutschen Anilinfarben, Rasierpinseln, die aus Japan, China etc. exportiert wurden, ist verboten. Pflanzen und Bäume sind nur zulässig, wenn durch ein Attest eines kompetenten Argikulturisten des Ursprungslandes erwiesen worden ist, dass sie frei v Krankheit sind. Gewisse Drogen (Cocaine etc.) sind nur unter spezieller Lizenz des öffentlichen Gesundheitsamtes zulässig. Reb-Pflanzen aus amerikanischen Stocks sind auch weiterhin von der Taxe befreit.

— Das Press-Büro der Zion-Kommission kündigt eine von Samuel erlassene Verordnung an, die sich auf die Registrierung der Kooperativ-Gesellschaften bezieht. Die Gesellschaften sollen zumindest 10 Personen umfassen und kein Mitglied darf einen 500 ägypt. Pfund übersteigenden Anteil besitzen.

— Die Ausgrabungen von Dr. N. Slousch in der Nähe von Tiberias hatten bereits Erfolge aufzuweisen. Er ist dort auf einen Teil der Mauer des Bethauses von Rabbi Meir-Baal-Haness gestossen. Ausserdem fand er eine Marmortafel, verschiedene Chanukah-Lampen, einen Schofar und gegen 300 verschiedene Geräte, die ein Licht auf das historische Tiberias der Talmudzeit werfen. Die bereits jetzt gefundenen Geräte genügen, um ein Museumszimmer zu füllen.

— Im „Haaretz" vom 23., 24. und 25. Nov. veröffentlicht Dr. Klausner an leitender Stelle eine Artikelserie über den Rechenschaftsbericht des Waad Hazirim, worin auf dessen grosse Verdienste hingewiesen und die Hinfälligkeit der vielfach geübten Kritik dargelegt wird. U. a. wird auch auf die vom Waad Hazirim in Jerusalem durchgeführten Kanalisierungsarbeiten verwiesen (s. „J.P.Z." Nr. 121) die von eminenter Bedeutung sind und beweisen, dass der Waad Hazirim nicht nur für die Juden, sondern auch für alle Einwohner Jerusalems sorgt. Interessant ist auch die Feststellung, dass entgegen den bekannten Vorwürfen wegen der zahlreichen und zu gut bezahlten Beamten des Waad Hazirim hier festgestellt wird, dass die Beamtengehälter nur 8 Prozent und wenn man die 3,5 Proz. für Bürokosten noch hinzurechnet, 11,5 Proz. der Generalunkosten betragen, also absolut nicht mehr, als es überall bei Regierungen oder Büros üblich ist. Wenn manches Wichtige und Erwünschte in der vergangenen Zeit vom Waad Hazirim nicht geleistet werden konnte, so lag die Schuld nicht an ihm, sondern an der Ungunst der Verhältnisse.

— In Jerusalem ernähren sich gegen 50 Leute als Steinhauer und Pflasterer. Es fehlt ihnen nicht an Arbeit und auch die Löhne sind in letzter Zeit gestiegen. Mit Hilfe des Arbeitsbüros vereinigten sie sich vor ungefähr einem Jahre in einer Kooperative, die neben den Arbeitslöhnen auch noch Verdienst abwirft. Da der bisher bearbeitete Steinbruch jetzt aufgebraucht ist, wandten sie sich an verschiedene Bodenbesitzer um Ankauf eines für mehrere Jahre genügenden Steinbruchs. In letzter Zeit hat die Habone-Gesellschaft Steinbruchmaschinen angeschafft, was sicherlich viel zur Verbilligung der Steine beitragen wird. Die bisherigen Steinmetze werden aber auch jetzt bei Bedienung dieser Maschinen genügende Beschäftigung finden.

— Die zum ersten Mal in Palästina stattgefundene Konferenz der Nationalfonds-Kommissäre hat beschlossen, im Jahre 6681 in Palästina 8000 Pfund, also das Dreifache der von der Nationalfondsleitung pro 1920 für Palästina kontingentierten Summe aufzubringen.

— Am 17. Nov. fand eine allgemeine Versammlung der Jeschibazöglinge statt, um über Möglichkeit, sich der Kolonisation und den landwirtschaftlichen Arbeiten zu widmen, zu beraten. Gegen 150 Jeschibazöglinge haben sich bereit erklärt, die Stadt zu verlassen und sich der Landwirtschaft zu widmen, sobald ihnen nur Gelegenheit geboten wird.

— Am 6. Dez. fand in Jerusalem im Regierungspalaste unter grossem Zeremoniell die Trauung des jungen Edwin Samuel mit Fräulein Grasowsky statt. Unter den 900 Gästen waren Repräsentanten aller Nationalitäten und Religionen vertreten. Der älteste arabische Scheich bekleidete nach der Trauung den Bräutigam mit arabischer Tracht und rief ihn zum Scheich von Berseba aus.

— Das nach Jerusalem verlegte Misrachi-Zentralbüro wurde unter Leitung von Prof. Pick eröffnet. (Jerusalem P.O.B. 470.) In London bleibt ein offizielles Zweigbüro bestehen.

— An der ersten allgemeinen Aerzteversammlung Palästinas nahmen 30 jüd. und 8 christliche und arabische Aerzte teil. Es wurde allgemein die Notwendigkeit betont, eine Aerztevereinigung ohne Rücksicht auf Religion und Nationalität zu bilden, zwecks Hebung der materiellen und geistigen Interessen. Ein Dreier-Komitee hat die entsprechenden Statuten auszuarbeiten.

— Infolge Mangels jüd. Rechtsanwälte bei den Regierungsgerichten sind die Juden häufig gezwungen, bei Erhebung von Klagen sich an die arabischen Sekretäre zu wenden, die dann natürlich ihre Eingaben in arabischer Sprache einbringen, was dazu führt, dass selbst in Fällen wo nicht nur Kläger und Beklagter, sondern auch die Richter Juden sind, die Verhandlung, einschliesslich der Zeugeneinvernahme, in arabischer Sprache stattfindet, da sich die Verhandlungssprache nach der Sprache der Eingabe richtet

— Auf einer Sitzung des Midrasch Halaschon vom 14. Nov. wurde beschlossen, ehestens an die Herausgabe einer verbesserten Auflage des hebräischen „Ben Sira" zu schreiten. Diesbezüglich well man sich an die jüd. Gelehrten im Galuth wenden.

Im Zusammenhang mit dem Hafenbau in Jaffa sind grössere deutsche Zementlieferungen nach Palästina durch Vermittlung von Berliner Palästinaexportfirmen abgeschlossen worden. (Z.K.)

— Die Misrachiorganisation in Jerusalem hat Abendkurse eröffnet. Sie versandte einen von Lea Seliger unterfertigten Aufruf an alle religiösen Frauen von Palästina und dem Galuth mit der Aufforderung, sich der Misrachiorganisation anzuschliessen und ihr behilflich zu sein, bei der Gründung von Töchterschulen auf jüd. Grundlage, Arbeitsschulen, Abhaltung von Vorträgen in

den Städten und Kolonien zwecks Erlernung der hebräischen Sprache, Förderung des traditionellen Judentums bei der Jugend, Versorgung der Immigranten und Arbeitsversorgung der einwandernden jüd. Frauen, wie auch Einordnung derselben in Kwuzoth welch' letzterer Punkt das wichtigste Tätigkeitsgebiet darstellt.

Schweiz.

Basel. Nahum Sokolow, der Präsident der zionistischen Exekutive und des Komitees der Jüd. Delegationen spricht in Basel am 19. Dez. vormittags in der Synagoge anlässlich der gottesdienstlichen Feier der Festlegung des Völkerbundsmandates für Erez Israel, nachmittags im Rathaus im Schosse des Landeskomitees des Schweizer. Zionistenverbandes, und abends im Kongressaal des Stadtkasinos anlässlich des Makkabäerfestes des Vereines Zion

Presse- und Verlagsnotizen.

— Unter Redaktion von Grossmann und Jabotinsky beginnt die s. Zt. in Kopenhagen erschienene „Tribüne" wiederum als Halbmonatsschrift in London zu erscheinen.

— Laut Beschluss der zion. Jahreskonferenz wird das offizielle Wochenblatt der amerikanischen zion. Org. ab 1. Januar sein Erscheinen einstellen, während der „Hatoren" weiter bestehen bleibt.

— Die seit 6 Monaten in Transsylvanien bestehende Misrachi-Organisation, gibt jetzt eine Wochenschrift betitelt „Misrachi" in hebräischer und rumänischer Sprache heraus.

— Im Verlag Löwit Wien ist soeben ein neues Werk des bekannten Dichters Max Brod, „Im Kampf um das Judentum" erschienen, das eine Reihe von Essays enthält und sich für die Renaissance der wahren, im jüd. Volke überlieferten Werte einsetzt. Inhaltlich und stilistisch stehen diese Essays auf derselben Höhe, wie alle anderen bisher erschienenen Werke des bekannten Dichters.

— Dr. Simon Rubin, Lektor am Wiener Beth-Hamidrasch hat den ersten Teil seines Werkes „Das talmudische Recht, auf den verschiedenen Stufen seiner Entwicklung mit dem römischen verglichen und dargestellt" (Nibur Verlag, Wien, 136 S.) veröffentlicht und zwar das erste Buch des Personenrechts, welches die Sklaverei behandelt. Die Arbeit ist zugleich als Beitrag zur Lehre von den Menschenrechten im Judentume gedacht.

Mathilde Citron
Julius Leitner
Verlobte
Medias (Rumänien) *Zürich*

Empfehlenswerte Firmen in Bern

Cabaret Minerva Bern

Täglich zwei Vorstellungen
Nachm. 5–7 und Abends 8–10½ Uhr
PRIMA KAFFEE - ERSTKL. WEINE
Genfergasse 8 Telephon 3377

Seul Cabaret français à Berne
Inhaber: S. JAKOBSOHN. Direktion: FR. DUPERRET.

Crowe & Co. Aktiengesellschaft
Internationale Transporte
in Basel, St. Gallen, Zürich, Chiasso, London, Manchester, Liverpool, Antwerpen, Paris, Marseille, Bordeaux, Dünkirchen, Straßburg, Mülhausen, Mailand, Rom, Genua und Como
empfehl. sich zur Uebernahme aller in ihr Fach einschl. Aufträge

---

Comptoir d'Escompte de Genève
Genf Lausanne Freiburg Basel
Aktienkapital und Reserven Fr. 61,500,000.—

Die führende Handelsbank der welschen Schweiz
Erstklassige Beziehungen mit
Kontinent und Uebersee

Jede gewünschte Auskunft an Interessenten erteilt bereitwilligst
Die Direktion in **Basel.**

CINEMA-PALACE ZÜRICH
Programm von Mittwoch 15. Dez. bis Dienstag 21. Dez. Täglich von 2½ bis 11 Uhr

4 Akte Aus der neuen Rio Jim-Serie **4 Akte**
WILLIAM HART, der beliebte Kow-Boy in dem sensationellen Wild-West-Schauspiel in 4 Akten
Das Asylrecht

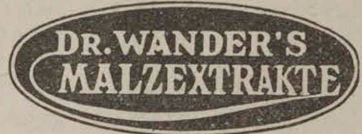
Ferner als zweites Bild
4 Akte Die populäre amerik. Filmdiva **4 Akte**
MAE MURRAY die bildhübsche und reizende Künstlerin in dem ausgezeichneten Lustspiel in vier Akten
Das A-B-C der Liebe

GRAND CINEMA
LICHTBÜHNE
Tel. Selnau 5948 - **BADENERSTR 18 - Eigene Hauskapelle**
Vom 15. Dez. bis 21. Dez 1920 - Täglich v. 2½—10½ Uhr
6 AKTE **Erstaufführung** 6 AKTE
Das Haus der Lüge
Ein spannendes Drama aus den höheren Aristokratenkreisen, verfasst und inszeniert von **FRANZ HOFER**

4 Akte Erstaufführung 4 Akte
Sensations- und Liebes-Roman
FATA MORGANA
Grosses, ergreifendes Drama von KARL FIGDOR
In der Hauptrolle: **Charlotte Böcklin**, die berühmte Künstlerin

---

Arznei und Stärkungsmittel zugleich



Rein, gegen Hals- und Brustkatarrhe
mit Jodeisen, gegen Skrofulose, Lebertranersatz
mit Kalk, für knochenschwache Kinder
mit Eisen, gegen Bleichsucht, Blutarmut etc.
mit Brom, erprobtes Keuchhustenmittel
mit Glycerophosphaten, gegen Nervosität

COMMERZBANK
(AKTIENGESELLSCHAFT)
ZÜRICH, BAHNHOFSTR. 79
empfiehlt sich für sämtl. Banktransaktionen

Schweizerische Volksbank
ZÜRICH
Besorgung sämtl. kuranter Bankgeschäfte

Advokatur-Bureau
Rechtsanwalt Wenger Zürich
Talstraße 39 (beim Paradeplatz) **Tel. Seln. 4999**

Tanzschule Semmler-Kinke
Rämistraße 4 (Bellevue) Telephon Hott. 6333

Beachten Sie bitte im „Tagblatt" die Programme nebenstehender Lichtspieltheater:

Orient-Cinema
Haus du Pont
Central-Theater
Weinbergstrasse 13
Eden-Lichtspiele
Rennweg
Roland-Kino
Langstrasse

Internat. Transporte A. Natural, Le Coultre & Cie. A.-G.
Telephon Selnau 507 - ZÜRICH - St. Annahof
Basel, Genf, St. Gallen, Genua, Barcelona, Annemasse, Bellegarde, Bordeaux, Cette, Lyon, Marseille, Paris, Rouen, Antwerpen u. Brüssel
besorgen Ihre Transporte von und nach allen Richtungen zu vorteilhaften Konditionen - Jegl. Auskunft kostenfrei
VERSICHERUNG VERZOLLUNGEN SCHIFF-FAHRT

Die „I.P.Z." ist eine Privatagentur — Insertionspreis: Die viergespaltene Nonpareillezeile Fr. 1.20 — Druck von Kopp-Tanner, Zürich